

# Herrlishöfer wehren sich gegen IGI Rißtal

Bürger befürchten Lärm, Emissionen und Landschaftszerstörung



An die 100 Besucher kamen zur Gemeinderatssitzung nach Warthausen. Die meisten waren wegen des geplanten interkommunalen Industriegebiets Rißtal da. Mit Plakaten protestierten sie gegen das Industriegebiet bei Herrlishöfen.

*birgit van Laak*

Warthausen sz Es rumort in Herrlishöfen. Mit Plakaten haben die Bürger in der Gemeinderatssitzung gegen das geplante interkommunale Industriegebiet Rißtal (IGI Rißtal)nördlich von Herrlishöfen protestiert. Bernhard Schlanser trug stellvertretend für die vielen Herrlishöfer Zuhörer die Bedenken gegen die Industrieansiedlung vor.

Am 20. März hatten Biberach, Warthausen, Schemmerhofen und Maselheim in einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung einen Zweckverband IGI Rißtal gegründet. Dieser soll das seit Langem anvisierte gemeinsame Industriegebiet im Rißtal realisieren. Die vier Kommunen teilen Kosten und Steuereinnahmen zu je 25 Prozent untereinander auf. Bekannt wurde bei der Sitzung die exakte Lage des 45 Hektar großen Gebiets. Es befindet sich im nördlichen Anschluss an Herrlishöfen zwischen der Bahnlinie und der L267. Die Biberacher Firma Handtmann will sich als erste dort ansiedeln. Sie hat einen Flächenbedarf von rund 15 Hektar gemeldet.

Im Warthäuser Gemeinderat kamen nun Bürger aus Herrlishöfen zu Wort. Eigentlich dürfen sich Zuhörer in den Sitzungen nicht äußern. Doch ein Antrag von Gemeinderat Ulrich Geister machte den Weg frei. Bernhard Schlanser trug die Bedenken der Herrlishöfer sachlich und ruhig vor. Die Herrlishöfer seien in der Sitzung am 20. März aus allen Wolken gefallen, dass das Gebiet so direkt bei ihnen gebaut werden solle, berichtete er. „Barabein und Herrlishöfen fürchten eine Lärmzunahme auch bei Nacht durch die Industrie“, sagte er. „Durch die Anhöhe und die Nähe zur Wohnbebauung wird der Lärm deutlich wahrnehmbar sein, auch bei Windstille. Bei offenem Fenster wird man nicht mehr schlafen“, schilderte er die Sorgen.

Durch die Industrie seien seines Erachtens Emissionen und Abgase zu erwarten. „Unsere Luft wird nie mehr so gesund sein. Erschwerend kommt der Nebel im Rißtal dazu. Wo sollen die Abgase hin?“, fragte er.

## **Neuer zusätzlicher Verkehr**

Weiter ging er auf das Verkehrsproblem ein. Bereits jetzt gebe es täglich Staus von Herrlishöfen bis Barabain. „Das wird ein Kollaps“, lautete sein Schluss. Der geplante Aufstieg zur B30 werde keine Entlastung bringen, wenn wegen des Industriegebiets neuer Verkehr entstehe. „Alle müssen durch Herrlishöfen durch, der Verkehr auf Schleichwegen wird zunehmen.“ Er bezweifelte, dass der gewünschte Bahnanschluss für den Güterverkehr und der Haltepunkt für den Personenverkehr im IGI kommt.

Schlanser warnte zudem vor den Folgen für die Natur. „Das Rißtal wird für immer zerstört. Mit den 45 Hektar wird ja nicht Schluss sein“, sagte er. Er wies auf die angrenzenden Wasserschutzgebiete hin, auf Lichtverschmutzung und den Verlust landwirtschaftlicher Flächen. Er gehe außerdem davon aus, dass die Immobilien in Herrlishöfen durch die Nähe zum IGI Rißtal an Wert verlieren würden.

Dem Argument der IGI-Befürworter, das Gebiet bringe Steuereinnahmen, die Warthausen für den Kitausbau brauche, hielt Schlanser entgegen: Das Industriegebiet bringe Zuzug, neue Baugebiete und damit weitere Infrastrukturkosten. „Wo führt das hin?“, fragte er. „Es reicht“, lautete sein Fazit.

Alfred Schlanser, der ebenfalls kurz zu Wort kam, sah Lasten und Vorteile unter den vier IGI-Kommunen ungerecht verteilt. Er forderte, das Gebiet am einst angedachten Standort bei Schemmerhofen zu realisieren: „Wir bekommen trotzdem 25 Prozent der Gewerbesteuern und haben unsere Ruhe.“

Gemeinderat Geister betonte, beim IGI gelte es abzuwägen: „Was passiert mit uns, mit den Zulieferern und Handwerkern, wenn Handtmann geht?“ Er forderte die Herrlishöfer auf, Gespräche mit dem Bürgermeister zu führen.

Der Gemeinderat wollte in der Sitzung eigentlich über einen weiteren Schritt zum IGI beraten. Der Flächennutzungsplan muss geändert werden. Vorgesehen war, dass das Gremium über den entsprechenden Aufstellungsbeschluss entscheidet. Johannes Hummler sah darin einen weitreichenden Schritt: Wenn in der Folge der Flächennutzungsplan einmal so beschlossen sei, ändere ihn keiner mehr, sagte er. Bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde die Entscheidung vertagt.